

Der Vorsitzende gab den Ausschussmitgliedern Gelegenheit, Fragen zum Allgemeinen Teil des Jahresprüfungsberichts 2019 des Prüfungsamts zu stellen.

Abg. Skoda entnahm dem Prüfbericht auf S.74 bzw. S. 77, dass im Bereich der Heimaufsicht statt der durch die Aufsichtsbehörde für notwendig erachteten jährlichen Prüfquote von mindestens 80 % lediglich 26 % der Heime einer Prüfung unterzogen wurden. Als Fazit würde das Prüfungsamt feststellen, dass der Fachbereich Anstrengungen unternahme, um die Ordnungsmäßigkeit herzustellen, weitergehende Folgen aus dem Prüfungsergebnis wie eine Frist zur Erreichung der Ordnungsmäßigkeit seien aber nicht erkennbar. Er bat insoweit das Prüfungsamt, eine Einschätzung zur Ordnungsmäßigkeit in dem Bereich der Heimaufsicht abzugeben.

Frau Böker führte dazu aus, die Prüfung habe bestätigt, dass die von der Bezirksregierung geforderte Zielvorgabe einer jährlichen Überprüfung von mindestens 80 % der maßgeblichen Einrichtungen vom Fachbereich nicht erreicht wurde. Dieses Ergebnis war prüfseitig aufgrund des letzten Tätigkeitsberichts des Fachbereichs auch erwartet worden, zumal es nach wie vor ein Ressourcenrisiko beim Personal gab. Dies sei aber auch den zuständigen Gremien des Kreistages bekannt. Zudem würde der Tätigkeitsbericht der Heimaufsicht auch alle zwei Jahre veröffentlicht.

Schwerpunkt der Prüfung war es daher zu klären, wie der Fachbereich mit diesem Risiko umgeht, wie die Prozesse sich darstellen und ob Steuerungs- und Kontrollmaßnahmen in den Abläufen greifen, um insgesamt eine gleichmäßige Qualität bei der Aufgabenerledigung sicherzustellen bzw. Optimierungspotentiale bei der Aufgabenwahrnehmung zu heben. Hier konnte das Prüfungsamt feststellen, dass der Fachbereich bereits auf eine Vielzahl von Steuerungs- und Kontrollinstrumenten zurückgreife und zudem anlassbezogene Prüfungen – etwa bei Beschwerden –zeitnah erledigt wurden.

Was die Quantität, also die reine Prüfquote angehe, gäbe es besagte Feststellung, die Qualität der Aufgabenwahrnehmung sei aber ordentlich.

Herr Liermann führte ergänzend aus, dass auch die Firma con_sens in dem Bereich eine externe Organisationsuntersuchung durchgeführt habe. Diese Untersuchung habe ergeben, dass ein Stellenkontingent von neun Stellen benötigt würde. Die letzte Stelle sollte im nächsten Haushaltsjahr beantragt und auch genehmigt werden, so dass man damit dem Soll entspreche. Allerdings machte er auch darauf aufmerksam, dass dies noch nichts über die Besetzung der Stellen aussage, denn gerade in dem Bereich sei es relativ schwierig, gutes Personal zu finden. Das sei aber ein eigenes Thema. Perspektivisch sei er jedoch positiv gestimmt.

Weitere Fragen zum Allgemeinen Teil des Jahresprüfungsberichts 2019 lagen nicht vor.